

5

5. Verlegung

für Anna Katharina Kollmannthaler

für Alfred Biermann

für Max Pfeffer

für Peter Kasper

für Anton Knödler

für Dr. Rudolf und Irene Schreiber

Stolpersteine in Aalen



Es gab Aalener Bürgerinnen und Bürger, die während der nationalsozialistischen Diktatur verfolgt und ermordet wurden oder an den Folgen der Verfolgung starben. Einige von ihnen sind nicht einmal in historischen Werken zu finden.

Die Aalener Stolpersteininitiative recherchiert zu diesem Thema und möchte die Verfolgten und Ermordeten durch jeweils einen „Stolperstein“ würdigen und so dem Vergessen entreißen.

Stolpersteine sind 10 x 10 x 10 cm große Betonquader – mit einer Messingplatte als Oberfläche, in der Name, Lebens- und Sterbedaten eines Opfers des NS-Regimes eingraviert sind und die vor dem ehemaligen Wohnhaus in den Bürgersteig eingelassen werden.

Die Stolpersteine sind heute das größte dezentrale Mahnmal der Welt. Es wächst „von unten“ durch das bürgerschaftliche Wirken der Initiativen vor Ort und kann Menschen „stolpern“ lassen, nicht mit den Füßen, sondern mit dem Verstand und dem Gefühl.



Gunter Demnig

Initiator

„Ein Kunstprojekt für Europa“

Ein Projekt, das die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Sinti und Roma, der politisch und aus sozialen Gründen Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält.

www.stolpersteine.eu

Anna Katharina Kollmannthaler

Österleinstraße 6/1, 73430 Aalen

Kindheit

Anna Katharina Kollmannthaler wurde am 15. Juni 1898 in Neuler als Tochter der unverheirateten Theresia Kollmannthaler (geb. am 28. Juli 1876 in Neuler, verstorben am 6. September 1932 in Aalen) geboren. Ihre Mutter wohnte damals bei ihren Eltern in Neuler Hausnummer 99 (Jahnstraße 14). Anna Katharina Kollmannthaler erlebte ihre Kinderjahre bei der Mutter in Neuler.

Jugend

Am 22. Juli 1911 heiratete Theresia Kollmannthaler den seit 1910 verwitweten Bahnarbeiter Leopold Gentner (geb. am 01. Februar 1861 in Fachsenfeld-Schlossreute, verstorben am 17. August 1938) und nahm den Familiennamen Gentner an. Am selben Tag übersiedelte Theresia mit der 13-jährigen Tochter an den Wohnsitz des Ehemannes Leopold Gentner in die Mittelbachstraße 11 nach Aalen. Zur Familie gehörten noch dessen zwei Söhne aus der ersten Ehe. Weitere Kinder hatte das Paar nicht. Später zog die Familie in die Bahnhofstraße 94 und wohnte ab 1929 in der Kocherstraße 6b (heute Österleinstraße 6/1).

Psychiatisierung

Am 6. September 1932 verstarb die Mutter Theresia Gentner recht früh im Alter von 56 Jahren. Die Belastungen für die Familie im Zusammenhang mit dem Todesfall, waren dann wohl die Ursache, dass Anna Katharina Kollmannthaler mit 34 Jahren am 10. Februar 1933, in die Heilanstalt Heggbach (Landkreis Biberach) eingeliefert wurde. Das Städtische Wohlfahrtsamt/Ortspflegeverband Aalen übernahm die Kosten für den Heimaufenthalt.

Diagnose

Über Anna Katharina Kollmannthaler liegt eine Akte im Bundesarchiv Berlin vor. Es handelt sich um ein Blatt mit der Krankengeschichte, die bei der Aufnahme in die Pflegeanstalt Heggbach am 10. Februar 1933 protokolliert wurde. Darin diagnostiziert der untersuchende Arzt eine geistige Behinderung mit dauernder Hilfebedürftigkeit. Allerdings seien die Ärzte der Auffassung, dass sie leichte Hausarbeiten verrichten könne.

Ermordung in Grafeneck

Anna Katharina Kollmannthaler wurde am 14. September 1940 auf Anordnung des Justizministeriums Württemberg im Rahmen der „Aktion T4“ nach Zwiefalten überstellt. Zur damaligen Situation in den Heilanstalten berichtet der Assistenzarzt Paul Kraus: „... 1939/40 wurden die Patienten aus Heggbach und aus anderen Pflegeheimen in die Heilanstalt Zwiefalten verlegt, weil die vorherigen Einrichtungen aus „planwirtschaftlichen Gründen“ aufgelöst worden sind. Zwiefalten war dadurch völlig überfüllt. Hunderte von Kranken warteten in notdürftigen Unterkünften (auf blankem Stroh!) auf ihre letzte Fahrt. Manchmal waren sie wie Heringe auf Stroh geschichtet. Eine Reihe starb meist schon während der Wochen des Wartens auf den Weitertransport.“ Aus Zwiefalten wurde Anna Katharina Kollmannthaler am 4. Oktober 1940 in die Tötungsanstalt Grafeneck abtransportiert und dort ermordet.

Anmerkungen zur Aktion T4 und Grafeneck

Materialien aus Wikipedia

In der Tötungsanstalt Grafeneck bei Gomadingen im heutigen baden-württembergischen Landkreis Reutlingen wurden im Jahr 1940 im Rahmen der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus, der so genannten Aktion T4, systematisch 10.654 Menschen mit Behinderung, vor allem aus Bayern, Baden und Württemberg, aber auch aus Hessen und dem heutigen Nordrhein-Westfalen, ermordet. Die systematischen Ermordungen begannen am 18. Januar 1940 in Grafeneck in einer als Duschraum getarnten Gaskammer, die sich in einer „Garage“ befand:

Der Anstaltsarzt ließ Kohlenmonoxid in den Vergasungsraum einströmen. Das Gas stammte von der IG Farbenindustrie im Werk Ludwigshafen (BASF). Die ersten ermordeten Patienten stammten aus der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar. Insgesamt kamen die Opfer aus 49 Einrichtungen für Behinderte und psychisch Kranke, von denen 17 in Baden, 12 in Württemberg, 7 in Bayern sowie jeweils eine in Hohenzollern, in Hessen und in der Rheinprovinz lagen. Am 13. Dezember 1940 wurden die letzten Opfer im Krematorium verbrannt.

Aktion T4

Aktion T4 ist eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für den systematischen Massenmord mittels Giftgas an mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen sowie psychischen Erkrankungen innerhalb des Deutschen Reiches. Die Mordaktion dauerte von 1940 bis 1941 und stand unter Leitung der Zentraldienststelle T4, sie war Teil der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus, denen bis 1945 über 200.000 Menschen zum Opfer fielen. „T4“ ist die Abkürzung für die Adresse der damaligen Zentraldienststelle T4 in Berlin: Tiergartenstraße 4. Zu Beginn der Aktion befand sich die Dienststelle im Columbushaus.

Neben rassenhygienischen Vorstellungen der Eugenik sind kriegswirtschaftliche Erwägungen während des Zweiten Weltkrieges zur Begründung der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ herangezogen worden. Gleichzeitig mit ersten kirchlichen Protesten wurden die Tötungen nach „Leerung“ ganzer Anstaltsteile von „Heil- und Pflegeanstalten“ (vor 1934 gewöhnliche Bezeichnung: „Irrenanstalt“) ab 1941 fortgesetzt.

Örtlichkeit

Schloss Grafeneck wurde um 1560 als Jagdschloss von den Herzögen von Württemberg errichtet und in den Jahren 1762 bis 1772 zu einem barocken Schloss erweitert. 1929 kaufte die Samariterstiftung das Schloss, richtete ein Heim für Behinderte ein und legte 1930 einen eigenen Friedhof an.

Das Schloss liegt etwa 25 Kilometer südöstlich der Kreisstadt Reutlingen zwischen Engstingen und Münsingen.

Alfred Bierman

Bahnhofstraße 18, 73430 Aalen

Alfred Biermann wurde am 4. März 1891 in Erfurt als sechstes von acht Kindern geboren. Seine Eltern waren Jacques und Fanny Biermann, die in Erfurt ein Textilgeschäft besaßen. Die Familie war jüdischen Glaubens.



Alfred Biermann

Das ehemalige Warenhaus Heilbron

Eduard Heilbron betrieb in der Bahnhofstraße 18 in Aalen ein Warenhaus. Er war Eigentümer des Gebäudes und Inhaber des Warenhauses. Ab Mai 1931 verpachtete er das Kaufhaus für fünf Jahre an die Firma „Wohlwert Stauffa G.m.b.H.“ in Göppingen. Im August 1932 wurde Alfred Biermann als Geschäftsführer eingestellt, der 1931 Hedwig Kniesser geheiratet hatte, die keine Jüdin war. Das Ehepaar Biermann wohnte ab August 1932 in diesem Gebäude in der Bahnhofstraße 18. Die Umsatzentwicklung erfüllte allerdings nicht die Erwartungen der Pächter. Deshalb entschlossen sich die Kaufleute Alfred und sein Bruder Kurt Biermann, zum 1. Juli 1934 die Firma „Gebrüder Biermann OHG“ zu gründen, eine offene Handelsgesellschaft. Die „Biermann OHG“ trat dann als Untermieter in den bestehenden Mietvertrag ein. Alfred Biermanns Vater unterstützte das Vorhaben mit einem Darlehen über 60.000 RM für erforderliche Investitionen. Kurt Biermann verließ allerdings Aalen im Dezember 1935 und wohnte von da ab wieder in Erfurt.

Nach dem Bekanntwerden der „Nürnberger Gesetze“ vom September 1935 wurde dem Ehepaar Biermann bewusst, welche Gefahren auf sie zukommen könnten, denn Alfred war Jude. Er entschied sich deshalb, aus der OHG auszutreten und nach Amerika auszuwandern. Hedwig Biermann nahm dann mit ihrem Vetter in Amerika Kontakt auf, um die Auswanderung ihres Ehemanns in die Wege zu leiten.

Auswirkungen der Machtergreifung der Nationalsozialisten

Die antisemitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten hatte neue Einschränkungen und Schikanen für die jüdische Bevölkerung zur Folge. So stellte die SA Wachposten vor dem Kaufhaus auf, um Kunden am Betreten zu hindern. Eines Tages erhielt Frau Biermann einen Anruf mit der Aufforderung, bis zum Abend das Haus zu verlassen, da das Gebäude in der Nacht in die Luft gesprengt werden würde. Nachdem die örtliche Polizei es ablehnte, Maßnahmen zu ergreifen, engagierte Frau Biermann Wachleute einer privaten Wach- und Schließgesellschaft zum Schutz des Gebäudes, was das geplante Vorhaben vereitelte.

Am 8. November 1938 - also bereits vor der Reichspogromnacht - wurde Alfred Bierman durch die Gestapo in Ellwangen in „polizeilichen Gewahrsam“ genommen. In der Reichspogromnacht vom

9. auf den 10. November wurden die Schaufensterscheiben des Warenhauses eingeworfen und Alfred Biermann am 12. November ins KZ Dachau gebracht. Nur mittels eines Nachweises über eine beabsichtigte Auswanderung wurde seine Freilassung aus dem KZ in Aussicht gestellt. Mitte Dezember lag im Amerikanischen Konsulat in Stuttgart die Einreisegenehmigung für Alfred Biermann vor. Nachdem dies Hedwig Biermann erfahren hatte, bat sie Alfred Biermanns Schwester Erna Rudolph, die in Leipzig wohnte, bei der Gestapo in Ellwangen vorzusprechen. Sie selber wollte dort nicht vorstellig werden. Daraufhin wurde Alfred Biermann am 22. Dezember 1938 aus Dachau entlassen. Er fuhr am 23. Dezember nach Leipzig, wo er dann wohnte. In Aalen war er am 23. Dezember abgemeldet worden. Einige Tage später reiste Hedwig Biermann ebenfalls nach Leipzig, um ihrem Ehemann Geld und seine persönlichen Sachen zu überbringen und mit ihm über die Fortführung des Warenhauses zu beraten. Alfred Biermann stellte es seiner Ehefrau frei, sich von ihm scheiden zu lassen, obwohl er sie nach wie vor liebte. Am 14. Februar 1939 wurde die Ehe geschieden, worauf Hedwig Biermann wieder ihren Mädchennamen Kniesser annahm. Ab 25. März 1939 firmierte das Warenhaus unter „Geschwister Kniesser K.G.“. 1940 heiratete Hedwig Kniesser den Kaufmann Georg Helm. Das Gebäude wurde schließlich am 22. April 1940 von Eduard Heilbron für 100.000 RM an das Ehepaar Helm verkauft.



Warenhaus Kniesser K.G. (links im Bild), Bahnhofstraße 18

Flucht nach Brüssel

Am 12. Juli 1939 floh Alfred Biermann nach Brüssel. Da er kein Einkommen mehr hatte, unterstützten ihn seine von ihm geschiedene Ehefrau als auch seine Schwester in Leipzig mit Lebensmittelpäckchen und Geld. Warum Alfred Biermann nicht nach Amerika ausreiste, ist nicht bekannt.

Verhaftung und Ermordung

Am 10. Mai 1940 überfiel Deutschland Belgien und Ende Mai kapitulizierte die belgische Armee. Das Land kam unter deutsche Militärverwaltung. In Brüssel lebten damals ca. 15.000 jüdische Flüchtlinge. Ab dem Sommer 1942 wurden von der Sicherheitspolizei Razzien durchgeführt. Auch Alfred wurde verhaftet und dann in der Dossin-Kaserne der Stadt Mecheln (Malines) gefangen gehalten, die als Sammellager für Juden diente. Am 11. August 1942 wurde Alfred Biermann mit dem „Transport II“ in das KZ Auschwitz-Birkenau gebracht. Auf der Transportliste hatte er die Nummer 73. Der Transport kam am 13. August in Auschwitz-Birkenau an und bestand aus 999 Personen, von denen aber nur 516 registriert wurden. Alfred Biermann gehörte nicht dazu. Die nicht registrierten Personen wurden in der Regel umgehend nach der Ankunft ermordet. Alfred Biermann war zu diesem Zeitpunkt 51 Jahre alt. Er blieb auch nach dem Kriegsende vermisst. Auch Alfred Biermanns Brüder und zwei seiner Schwestern wurden ermordet. Einzig Erna Rudolph, geb. Biermann, überlebte den Holocaust.

Peter Kasper (1907-1939)

Widerstandskämpfer

Beinstraße 22, 73430 Aalen

Jugend in Armut

Peter Kasper wird am 17. März 1907 in Krettnich (preußische Rheinprovinz, heute Saarland), als jüngstes von neun Kindern einer verarmten, streng katholischen Kleinbauernfamilie geboren. Er wächst auf in bitterer Armut in einer Hütte mit Wänden aus Strohhäcksel und gestampftem Lehm. Peter absolviert die Volksschule, bleibt dann jedoch ohne eine weitere Ausbildung. Er arbeitet mit in der elterlichen Landwirtschaft. Bereits mit neun Jahren verliert er seinen Vater.

Mit 16 Jahren, gerade Vollwaise geworden, wird Peter Kasper „Schlepper“ und „Hauer“ in der Grube „de Wendel“ in Petite-Roselle im französischen Lothringen. Als junger Bergmann versucht er, sich im Selbststudium wenigstens einen Teil der Bildung anzueignen, die ihm vorenthalten wurde.

Vom Katholiken zum Kommunisten

1928 wird Kasper Mitglied des kommunistisch geführten Lothringischen Bergarbeiterverbands und - wohl aufgrund seiner Aktivitäten in diesem Zusammenhang - 1929 entlassen. In Zeiten der beginnenden Weltwirtschaftskrise findet er im Saargebiet keine Beschäftigung mehr und bleibt arbeitslos. Seine Armuts- und Abstiegs Erfahrungen und die „Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft“ (wie er später bei den Vernehmungen aussagt) führen dazu, dass er im April 1930 der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) beitrifft. Er gibt als „Bekenntnis“ in der Folgezeit „glaubenslos“ an.

Kasper zieht mit seinen wenigen Habseligkeiten ins sogenannte Wurmrevier (einen Teil des Aachener Steinkohlerevierts am Fluss Wurm), wo sein Bruder Michael als Bergmann arbeitet, und wird im September 1929 auf der Grube „Karl Alexander“ bei Baesweiler „angelegt“, wie man in der Bergbausprache sagt. Doch schon am 1. September 1931 wird er fristlos entlassen, da er im Waschbereich seiner Arbeitsgruppe ein Flugblatt der „Revolutionäre(n) Gewerkschaftsopposition“ verteilt hat und denunziert wurde. Er erhält keine Arbeitslosenunterstützung und sieht „keine Hoffnung, dass (er) in absehbarer Zeit wieder Arbeit erhalten werde“.

Arbeitsemigration in die UdSSR

Angesichts der drohenden Verelendung in einer aussichtslos erscheinenden wirtschaftlichen Situation entschließen sich mehrere hundert Bergeleute aus dem Wurmrevier, 28 von ihnen aus Baesweiler, mit ihren Familien auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise zu einem kühnen Schritt: der Auswanderung in die Sowjetunion. Auch Peter Kasper zählt zu ihnen. Am 25. September 1932 reist er aus. Die sowjetische Handelsvertretung in Berlin hatte um deutsche Arbeitskräfte für das Gebiet „Amerikanka“ im Donezbecken in der ukrainischen Sowjetrepublik geworben. 3300 kamen.

Arbeit als Bergmann, Funktionär, Journalist

Kasper kann im Donbass zunächst wieder als Bergmann arbeiten. 1932 heiratet er die gleichfalls aus Baesweiler ausgewanderte Sophie Neuss. Im selben Jahr wird die gemeinsame Tochter Helga geboren. Kasper ist begeistert von den Arbeits- und Lohnverhältnissen in der SU - anders als die meisten seiner Mit-Migranten, die schon bald wieder nach Deutschland zurückkehren. Er tritt der KPdSU bei, beteiligt sich an politischen Schulungen und übernimmt selber als „Brigadier“ die Leitung spezieller Kurse für deutsche Arbeiter. Im Winter 33/34 erwirbt er sogar die sowjetische Staatsbürgerschaft. Seit September 1933 redigiert er die deutschsprachige Werkszeitung „Sturm auf Kohle“.

In der Ukraine zur Zeit des „Holodomor“

„Holodomor“: so nennen Historiker in Anlehnung an den Begriff „Holocaust“ die große Hungerkatastrophe der Jahre 1932 und 1933 in der Ukraine. Bei dieser vermutlich von der Sowjetführung unter Stalin gewollten Hungersnot starben 3 bis 7 Millionen Menschen, 8-15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ein Heer von Hungerflüchtlingen, ja Verhungerten zog durch den Donbass. Die Hungernden bettelten auch vor den Fabriktoren um Nahrung, doch selbst in den Fabriken herrschte Mangel. Im Vollzug dieser verbrecherischen Politik wurden bewaffnete Brigaden aus überzeugten kommunistischen Aktivisten eingesetzt, um Abgaben einzutreiben und nach versteckten Lebensmitteln zu suchen.

Was hier an Entsetzlichem geschah, kann Peter Kasper nicht verborgen geblieben sein. Man muss sich fragen: War der überzeugte Kommunist Kasper, selbst kommunistischer Propagandist mit eingeschränkter Reichweite, in diese Aktionen verwickelt? Prof. Klaus Gestwa, Direktor des Instituts für osteuropäische Geschichte der Universität Tübingen und ausgewiesener Experte für die Geschichte der Sowjetunion, hält es „eher für unwahrscheinlich, dass er an diesen Plünderungen/Überfällen auf die Dörfer der Region beteiligt war. Die Mörderbanden des NKWD wollten sicher bei ihren Gräueltaten keine Ausländer als Augenzeugen, zumal unklar blieb, ob diese nicht wieder die Sowjetunion verlassen würden.“ Nach allem, was wir wissen, war Kasper an Aktionen zur Verfolgung der besitzenden Bauern nicht beteiligt; er hielt jedoch trotz Wahrnehmung der Hungeropfer an seinen kommunistischen Überzeugungen fest.

Studium an der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens“

Seit 1932 strebt Kasper danach, Amerikanka zu verlassen. Nach zwei Absagen erhält er eine Zusage dieser Kaderschule der Kommunistischen Internationalen. Er kann ab September 1934 in Moskau (unter dem Decknamen „Stern“) studieren, um sich zum Komintern-Funktionär ausbilden zu lassen. Er wohnt im Internat der Schule. Geschichte, Naturwissenschaften, natürlich die Lektüre der marxistischen Klassiker, aber auch eine paramilitärische Ausbildung und der Umgang mit Waffen stehen auf dem Lehrplan.

Kaspers Ausbildung ist noch nicht abgeschlossen, da lässt Stalin die Uni im Mai 1936 überraschend schließen. Viele Lehrkräfte und Studierende fallen in den nächsten Jahren dem stalinistischen Terror zum Opfer. Auch Kasper fürchtet, „in die Verfolgungen der Trotzlisten hineingezogen zu werden.“ (Vernehmungsprotokoll) Kaspers Lage ist hochprekär. Außerdem ist seine Ehe kurz zuvor gescheitert. Seine Frau hatte sich Anfang 1936 -nach

sowjetischem Recht - scheiden lassen und war mit der vierjährigen Tochter nach Deutschland zurückgekehrt.

Rückkehr nach Nazi-Deutschland – unter den Augen der NS-Behörden

Im September 1936 reist Kasper seiner geschiedenen Frau nach Baesweiler nach, möglicherweise im vergeblichen Bemühen um Versöhnung. Er überschreitet legal die Grenze zum Deutschen Reich und meldet sich beim Rückwanderamt der NSDAP-Auslandsorganisation an. Er bezieht jetzt „Wohlfahrtsunterstützung“.

Wasseralfingen: Versuch eines Neustarts

Kasper versucht durch Vermittlung eines früheren Arbeitskollegen im fernen Wasseralfingen einen Neuanfang. Zunächst ab Ende Oktober 1936 als Bauhilfsarbeiter (u.a. bei der Firma Alfing Kessler), kann er ab dem 17. Februar 1937 in seinem Beruf als Hauer in der wiederaktivierten Erzgrube am Brauenberg bei den Schwäbischen Hüttenwerken arbeiten. Er findet eine Wohnung in der Bahnhofstraße 33a in Aalen.

Aalen - Aufbau einer Widerstandszelle gegen den Nationalsozialismus

Kasper ist weiterhin ein überzeugter, jetzt wohl auch ‚linientreuer‘ Marxist, der mit seinen Ansichten nicht hinter dem Berg hält und Gleichgesinnte sucht. So fragt er seine Arbeitskollegen ganz direkt, „ob in Aalen alles eingeschlafen“ und „kein kommunistischer Geist mehr vorhanden“ sei und preist die Verhältnisse in der Sowjetunion.

Bei einer gemeinsamen Arbeit auf dem Bau kommt er mit Otto Sauter ins Gespräch über ihre ‚linke‘ Vergangenheit. Sauter, geb. 31.8.1908, ist ein verheirateter Hilfsarbeiter, Mitglied der KPD und der „Roten Hilfe“. Über Sauter lernt Kasper Johannes Schneider kennen (geb. 6.6.1906 in Coburg, verheirateter Arbeiter, bis 1933 Mitglied der KPD sowie des ‚Kampfbunds gegen den Faschismus‘). Johannes Schneider steht in Verbindung mit August Hirsch (geb. 17.1.1913, Konditorlehre, kein Mitglied in der KPD, aber für sie aktiv). Hirsch komplettiert die Aalener Gruppe, die man wohl ungefähr seit dem Jahreswechsel 1936/37 so nennen darf. Kasper bezieht eine Wohnung in der (damaligen) Schillerstraße 28 in Aalen, in der auch Hirsch wohnt.

Ideologische „Schulung“ - Ein Schachbrett als Tarnung

In Johannes Schneiders Wohnung in der Beinstraße 22, ihrem inoffiziellen Stützpunkt, trifft sich ab Ende Januar 1937 die im Werden begriffene Zelle. Die Treffen dienen hauptsächlich der Schulung im Kommunismus; man liest u.a. Marx‘ ‚Kapital‘ und hört -verbotenerweise- Radio Moskau. Zur Tarnung stellt man ein Schachbrett auf.

Revolutionäre „Gedankenspiele“ (Kasper, vor Gericht)

Die Gruppe erörtert die Möglichkeit, Flugblätter zu drucken. Man erwägt sogar, einen eigenen Geheimsender zu bauen. Aber vor allem fragt man sich, wie man die Arbeiter der ortsansässigen Rüstungsbetriebe wie Alfing Kessler, Schwäbische Hüttenwerke, Ostertag, Leitz (Oberkochen), Collis (Westhausen-Reichenbach) und die in Aalen stationierten Soldaten erreichen und mobilisieren könnte. Kasper interessiert sich besonders für die geheimnisumwitterten, vermutlich Waffen produzierenden Collis-Werke bei Westhausen-Reichenbach und erwägt sogar,

sich dort eine Arbeitsstelle zu suchen. Doch es bleibt bei Diskussionen und vagen Plänen.

Aussichten auf praktischen Widerstand? Möglichkeiten am Horizont

Neuer Elan kommt in die Gruppe, als im Februar 1937, von Schneider angeworben, ein gewisser Josef Ziegler hinzustößt, der sich als Sprengstoffexperte präsentiert und zudem über Kontakte zur Aalener Remonte-Militärschule verfügt, wie er sagt. So wird die Gruppe noch um Wachtmeister Wenningmann erweitert, der sich einen „Proletarier im Waffenrock“ nennt und über die Situation und Stimmung der Soldaten berichten will. Kasper reagiert begeistert, nimmt die beiden Neuzugänge, die für eine Radikalisierung der Gruppe und extreme Maßnahmen eintreten, per Handschlag, umgehend in die Kommunistische Partei auf; - wohl ein eindeutiger Hinweis, dass er in offizieller Mission („Kominternagent“ lt. Wikipedia) unterwegs ist, vielleicht als unsicherer Kantonist auf ‚Frontbewährung‘ (was er bis zuletzt bestreiten wird). Kasper entwirft umgehend einen kühnen Sabotageplan: Als Grubenarbeiter könne er immer wieder Sprengstoffpatronen entwenden, aus denen Ziegler eine Bombe bauen könne; 100 Kilo Sprengstoff sollten genügen, „Alfing in die Luft zu sprengen“ (Ziegler lt. Vernehmungsprotokoll). Ein ähnlicher Plan wird für die Collis-Werke umrissen.

Umsturzpläne - Entwurf einer deutschen Revolution

Kasper ist von dem neuen Elan in der Gruppe begeistert, sieht die verschlafenen Aalener Kommunisten erwachen und spricht offen seine Hoffnungen und Pläne aus. Seine alten Mitstreiter reagieren eher verhalten. Ziel des kommunistischen Widerstands sei nichts weniger als der Sturz der Reichsregierung und der Umsturz der politischen Verhältnisse in Deutschland. Schon beim ersten Zusammentreffen mit Ziegler soll Kasper gesagt haben; „Das Hitler-Regime muss gestürzt werden.“ (Vernehmungsprotokoll) Hierzu müsse auch die Aalener Zelle beitragen.

Nach dem Aufbau von Widerstandsgruppen in den Rüstungsbetrieben und in der Militärschule, sollten Sabotageakte in den kriegswichtigen Betrieben der Region folgen. Letztes Ziel sei der Aufbau einer großen, ebenso illegalen wie schlagkräftigen Organisation. Es gehe darum, die KPD aus dem Untergrund herauszuholen und deutschlandweit zu reaktivieren. Notwendig sei auch die „Beseitigung“ Hitlers als „größtem Lügner und Betrüger der Arbeiterschaft“. (Kasper lt. Ziegler). Die in der Zwischenzeit entstandenen „militärischen Zellen“ der KPD sollten (Kasper lt. Wenningmann) „die militärische Führung niederknallen“.

Kaspers Zukunftsvision: Marsch auf Berlin – auch von Aalen, Beinstraße 22, aus?

Kasper sah den Systemgegensatz zwischen Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus auf einen Krieg zulaufen: Nazi-Deutschland werde schon 1938 in eine schwere, die öffentliche Ordnung gefährdende Wirtschaftskrise geraten und die Sowjetunion aus ökonomischen Gründen überfallen. Doch der Angriff der Wehrmacht werde scheitern und die „Rote Armee“ siegreich in Deutschland einmarschieren. In dieser Situation seien die kommunistischen Widerstandsgruppen -auch die Aalener- gefordert, im Innern des Reichs einen Aufstand gegen das NS-Regime zu beginnen. Die regimiekritischen Kräfte, angeführt von der KPD, würden durch einen „Marsch auf Berlin“ die Regierung stürzen und die Nazi-Diktatur beseitigen. Am Ende solle an die Stelle des Hitler-Regimes eine Volksfrontregierung - wie in Spanien - treten.

Doch am 19. Mai 1937 wird Peter Kasper verhaftet, seine Freunde folgen am nächsten Tag. Noch in der Vorbereitungsphase, als keine praktischen Aktivitäten geschehen sind, kein Flugblatt geflattert ist, greift die Gestapo zu. Die Vier verbringen Monate in Untersuchungshaft, zunächst in der Polizeizentrale „Hotel Silber“ in Stuttgart, danach im Gefängnis Plötzensee (Berlin). Erst eineinhalb Jahre später, im Oktober 1938, wird ihnen der Prozess gemacht.

Widerstand unter den Augen und der ‚Mitarbeit‘ der Gestapo

Der ‚neue Mann‘, Josef Ziegler, hatte die Gruppe umgehend bei der Kriminalpolizei Aalen angezeigt, die ihn auf die Gestapo-Einstelle Ellwangen verwies. Diese instruierte ihn, als „V-Mann“ und „agent provocateur“ in die Gruppe einzutreten, um ihre Praktiken und Pläne auszuspähen. Die Gestapo ordnete ebenfalls an, einen Unteroffizier der Remonte Militärschule als angeblichen Freund Zieglers abzustellen, der als zweiter V-Mann in die Gruppe eingeschleust werden konnte. Die Gestapo verfasste sogar einen Bericht über die Zustände an der Remonte-Schule, den Wenningmann Kasper zukommen ließ. Die Aalener Zelle stand also fast von Anfang an unter der ‚Supervision‘ der Gestapo und wurde von ihr partiell fern- und fremdgesteuert.

Aufgespart für einen großen Schauprozess vor dem „Volksgerichtshof“

Die Gestapo beendet den Aalener Widerstandsversuch, als die Deliktpalette sich, wenn man so sagen darf, um den Versuch der „Ausspähung militärischer Geheimnisse“ und möglicher „Wehrmachtzersetzung“ (die erhoffte Ab- bzw. Anwerbung von Offizieren für die Sache des Kommunismus) erweitert hat, also auf Hoch- und Landesverrat plädiert werden kann: „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, die Verfassung des Reiches mit Gewalt zu verändern“ (Anklageschrift). Den Aalener Widerständlern ist eine Falle gestellt worden, in die sie reichlich leichtfertig tappten.

Der Fall Kasper – ein Medienereignis

Der kleinen Gruppe kann nämlich so ein ‚großer Prozess‘ vor dem „Volksgerichtshof“ in Berlin gemacht werden, der erste, über den der „Völkische Beobachter“ (das Parteiorgan der NSDAP) ausführlich in drei Artikeln, teils in reißerischem Reportagestil, berichtet. Auch andere NS-Medien nutzen den Fall Kasper als Grundlage für einen Propagandafeldzug gegen die in Deutschland verbliebenen Kommunisten, gegen den Hunger- und Mangelstaat UdSSR, prangern die Aktivitäten der „Kommunistischen Internationale“ an und entwerfen zugleich ein einschüchterndes Bild vom „Volksgerichtshof“ und der ihm zuarbeitenden „Geheimen Staatspolizei“. Die sozialdemokratische Exilpresse präsentiert den Fall Kasper als verräterisches Exempel für die Praktiken der NS-Willkürjustiz.

Urteile

Peter Kasper wird am 15. Oktober 1938 vom „Volksgerichtshof“ wegen „Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Landesverrat“ zum Tod und zu dauerndem „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte“ verurteilt und am 14. März 1939 durch das Fallbeil hingerichtet. August Hirsch (später von 1948-73 Bürgermeister von Oberdorf) wird zu zwölf Jahren, Johannes Schneider zu fünf und Otto Sauter zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Johannes Schneider starb 1943 im KZ Neuengamme. Ihm ist schon ein Stolperstein auf dem Spritzenhausplatz gewidmet.

Eine Widerstandsgruppe auf der Ostalb

„Wenn einer fällt, stehen hundert wieder auf.“ (Peter Kasper)

Peter Kasper war ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Er bereitete praktische Aktionen vor, doch zur Ausführung kam es nicht mehr. Vor Gericht bekannte er sich zum Sturz des „Hitler-Regimes“ als seinem Fernziel. Er hoffte auf einen künftigen Aufstand der deutschen Bevölkerung; nur sie könne den Nationalsozialismus besiegen. - Sein Tun wird anerkannt und geehrt in der Gedenkstätte Plötzensee, die an die Opfer der Unrechtsurteile der NS-Justiz erinnert. Dort wird mit Lebenslauf, Foto und weiteren Dokumenten seiner gedacht.

Auch in Aalen gab es mutige Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu leisten versuchten. Wir sollten Peter Kasper und seine Freunde August Hirsch, Johannes Schneider und Otto Sauter nicht vergessen. Wer das Gestern vergisst, wird auch das Morgen verlieren.

Während das Gestern immer mehr nach hinten zu rücken scheint, schreitet es von vorne in Gestalt eines globalen Trends nach rechts - mit durchaus faschistoiden Tendenzen - wieder auf uns zu. Gegen einen solchen Angriff der Vergangenheit auf Gegenwart und Zukunft sollten wir Widerstand leisten.



Peter Kasper

Max Pfeffer

Bahnhofstraße 14, 73430 Aalen

Max Pfeffer wurde am 9. Oktober 1888 in Mingolsheim Kreis Bruchsal / Baden geboren. Er war jüdischer Abstammung, erlernte den Beruf des Schneiders und wurde Schneidermeister. Am Ersten Weltkrieg nahm Max Pfeffer von 1914 bis 1918 als deutscher Soldat teil. Als Sergeant bei der 10. Kompanie des Landes-Infanterie-Regiments 382 wurde er im Jahr 1918 mit der Silbernen Militärischen Karl-Friedrich-Verdienstmedaille am Bande ausgezeichnet.

Am 12. Juni 1922 heiratete Max Pfeffer Johanna Magdalene Löhlein, die am 18. Oktober 1891 in Amberg geboren wurde. Zum Zeitpunkt der Eheschließung lebte die Familie von Johanna Magdalene in Aalen. Ihr Vater Georg Löhlein betrieb zu der Zeit ein Herren- und Knabenbekleidungsgeschäft in Aalen, das sich in der Bahnhofstraße 14 befand. Die Eheschließung fand in Bruchsal statt. Max Pfeffer war zum Zeitpunkt der Eheschließung schon zum katholischen Glauben konvertiert, seine Ehefrau Johanna Magdalene war ebenfalls katholisch. Nach der Hochzeit mit Johanna Magdalene wurde Max Pfeffer am 1. Januar 1924 Mitgesellschafter der Firma von Georg Löhlein und war zu einem Viertel am Geschäft und zu einem Drittel am Gewinn beteiligt. Gleich nach der Machtergreifung der Nazis kam es zu Boykottmaßnahmen gegen das Bekleidungsgeschäft aufgrund der Tatsache, dass Max Pfeffer jüdischer Abstammung war.

Um das Überleben der Firma zu sichern, schied Max Pfeffer deshalb am 5. März 1934 als Mitgesellschafter aus der Firma aus. Im November 1934 starb sein Schwiegervater Georg Löhlein und das Geschäft ging auf die Erben über. Max Pfeffer arbeitete nun als angestellter Prokurist in der Firma weiter. Doch der Druck durch die Nazis nahm zu und die Firma konnte Max Pfeffer als Prokuristen schließlich nicht mehr halten. Am 13. Juni 1938 erlosch seine Prokura und Max Pfeffer schied endgültig aus der Firma aus. Nach der Reichspogromnacht vom 9./10. November 1938 wurde Max Pfeffer am 10. November verhaftet. Vom 12. November 1938 bis zum 12. Dezember 1938 war er im KZ Dachau inhaftiert. Danach reifte bei Max Pfeffer der Entschluss, aus Deutschland zu fliehen. Es gelang ihm schließlich, im September 1939 illegal nach Belgien zu entkommen und von dort nach Brasilien auszuwandern. Seine Frau wurde gedrängt, sich scheiden zu lassen. Die Scheidung wurde schließlich 1942 vollzogen. Am 4. Oktober 1948 kehrte Max Pfeffer wieder zu seiner Familie nach Aalen zurück. Seine von ihm geschiedene Frau und seine beiden Töchter hatten auf seine Rückkehr gedrängt. Am 11. Januar 1949 heirateten Max Pfeffer und seine geschiedene Frau erneut, dieses Mal in Aalen. Max Pfeffer trat wieder als Gesellschafter in das Herrenbekleidungsgeschäft ein. Ab 1. Januar 1950 bestand das Geschäft als Kommanditgesellschaft mit Max Pfeffer und seiner Frau als Gesellschaftern.

Max Pfeffer hatte mit seiner Frau Johanna Magdalena zwei Töchter: Elisabeth, geb. am 30. Juli 1924, und Evi, geb. am 11. Juli 1927. Elisabeth wanderte schon in den fünfziger Jahren mit ihrem Mann Edwin Thele in die USA aus. Evi zog mit ihrem Mann Ernesto Bianco 1967 nach Italien in die Nähe von Mailand. Auch Johanna Magdalena Pfeffer und ihr Ehemann Max sind 1967 nach Norditalien in die Provinz Turin in die Nähe ihrer Tochter gezogen, wenige Wochen nachdem ihre Tochter Evi dorthin gezogen war.

Am 24.08.1969 starb Max Pfeffer im Alter von 80 Jahren im Krankenhaus der Comune di Torre Pellice in der Provinz Turin.

Anton Knödler

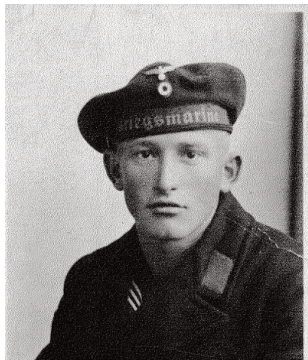
Saumweg 9, 73431 Aalen

Anton Knödler wurde am 13. November 1915 als zweites von sechs Kindern in Mögglingen geboren. Seine Eltern waren der Friseur Anton Knödler und dessen Ehefrau Magdalena, geb. Stadelmaier. Familie Knödler wohnte damals in der Bahnhofstraße 48 (heute Bahnhofstraße 4).

Im Frühjahr und Sommer 1938 wurden durch die Gestapo und Kriminalpolizei mehr als 10.000 Menschen unter dem Vorwand verhaftet, dass diese zweimal nacheinander ihnen angebotene Arbeitsstellen abgelehnt hätten bzw. nicht arbeiten wollten. Im Rahmen dieser reichsweiten „Aktion Arbeitsscheu Reich“ wurde der 22-jährige Anton Knödler jun. in Schwäbisch Gmünd verhaftet und Anfang Juli 1938 mit weiteren Häftlingen in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Vermutlich war er zu diesem Zeitpunkt arbeitslos. Auf der Registrierungskarte in Buchenwald ist Knödlers Häftlings-Nr. „7846“ eingetragen, als Einlieferungsdatum „5.7.38/ 21 Uhr“ und als Beruf „Kalkwerks Hilfsarbeiter.“ Dann wurden ihm die Haare kurz geschoren. Jedem KZ-Häftling wurde entsprechend des Verhaftungsgrunds ein entsprechend farbiger „Winkel“ zugeordnet. Anton Knödler musste ein schwarzes Stoffdreieck („schwarzer Winkel“) auf seine Häftlingskleidung nähen, das ihn als sogenannten „Asozialen“ stigmatisierte.

Die KZ-Häftlinge wurden als Arbeitskräfte ausgebeutet. Die harte Arbeit im Steinbruch führte schnell zum körperlichen Verfall und zur Anfälligkeit für Krankheiten. Permanente Misshandlungen durch die SS-Kommandoführer und Kapos gehörten zum Alltag. Die Arbeitszeit betrug 14 - 16 Stunden täglich, auch bei Kälte und Regen. Zudem wurden die Häftlinge oftmals geschlagen und waren Demütigungen und psychischem Terror ausgesetzt. Viele starben unter diesen extremen Belastungen. Anton Knödler überstand diese Torturen und überlebte sogar eine Typhusepidemie, die im Lager ausbrach.

Am 19. April 1939 wurde Anton Knödler nach neunmonatiger Haft aufgrund einer Amnestie anlässlich des 50. Geburtstages von Adolf Hitler nach Hause entlassen. Unmittelbar darauf wurde der 23-Jährige in die Kriegsmarine eingezogen.



Anton Knödler als Soldat bei der Kriegsmarine

Am 2. September 1944 - also noch während des Kriegs - heiratete Anton Knödler die am 1. Juli 1919 in Aalen geborene Emma Babette, geb. Simon. Sie wohnte zu diesem Zeitpunkt bei ihrem Vater Karl Albert Simon in der Hopfenstr. 28 in Aalen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wohnte das Ehepaar Knödler in der Friedrichstr. 14 in Aalen. Als Berufsbezeichnung gab Anton Knödler bei seiner amtlichen Anmeldung Fabrikarbeiter an. Nachdem am 10. August 1945 Doris Emma zur Welt gekommen war, wohnte die Familie ab September 1946 in die Friedrichstraße 16. Dort wurde dann ein weiterer Sohn geboren. Im Mai 1958 zog die Familie in den Saumweg 9 auf den Röttenberg, wo eine weitere Tochter zur Welt kam.

In der Röttenberg-Siedlung, die ab 1951 in Aalen neu entstand, ließen sich insbesondere Kriegsflüchtlinge und Heimatvertriebene nieder, die aufgrund der großen Wohnungsnot nach dem Krieg anderweitig keine Mietwohnung finden konnten. Das Ehepaar Knödler wohnte dort bis zu ihrem Lebensende. Am 5. Oktober 1974 starb Anton Knödler im Alter von 59 Jahren, seine Ehefrau Emma am 12. Mai 1989 im Alter von 69 Jahren. Beide wurden in Aalen beerdigt. Willy Hahn wohnte ebenfalls in der Röttenberg-Siedlung. Er heiratete Doris Emma Knödler. Aus dieser Ehe ging 1966 Harald Hahn hervor. Um auf das Schicksal seines Großvaters aufmerksam zu machen, schrieb und spielt Harald Hahn das Theaterstück „Monolog mit meinem „asozialen“ Großvater - Ein Häftling in Buchenwald.“

Dr. Rudolf und Irene Schreiber

Heidenheimer Str. 1, 73432 Aalen

Rudolf Schreiber wurde am 19. April 1899 als zweites von drei Kindern in Annen (Witten) geboren. Seine Eltern waren der jüdische Kaufmann Albert Schreiber und dessen Ehefrau Rosa, geb. Eppinghausen. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs trat Rudolf Schreiber im Mai 1917 als „Einjährig-Freiwilliger“ ins Heer ein und kämpfte bis November 1918 an der Front. Zum Sommersemester 1919 immatrikulierte sich Rudolf Schreiber im Studiengang Zahnheilkunde in Münster. Ab Mai 1920 setzte er sein Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität in München fort und wurde im Februar 1922 zum Dr. med. dent. promoviert. Anschließend konnte er immer nur kurzzeitig eine Anstellung finden, weshalb er nach Budapest zog. Am 14. Februar 1926 heiratete er dort Irene Günsberger, die am 12. Mai 1892 in Deveser in Ungarn geboren worden war. Sie stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie.



Rudolf Schreiber um 1920

Vom Assistenzzahnarzt zum selbstständigen Zahnarzt in Unterkochen

Ab 1. April 1927 fand Dr. Rudolf Schreiber in der damaligen Zahnklinik (Bahnhofstraße 72) der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Aalen eine Anstellung als Assistenzzahnarzt. Bei seiner amtlichen Anmeldung hatten er und seine Ehefrau als Religionszugehörigkeit „evangelisch“ angegeben, d.h. beide hatten ihre jüdische Konfession bereits zuvor aufgegeben. Von da an wohnten sie in Aalen. Zum 1. Juni 1929 kündigte Rudolf Schreiber seine Stelle in der Zahnklinik, um sich als Zahnarzt in Unterkochen niederzulassen.

Das Ehepaar Schreiber richtete 1929 in Unterkochen ihre Praxis, ein zahntechnisches Labor und ihre Wohnung ein. Das Gebäude befand sich in der damaligen Hauptstraße 48 (heute Heidenheimer Str. 1). Ab Oktober 1929 praktizierte Dr. Rudolf Schreiber dort als Zahnarzt und ab 1. Januar 1930 war das Ehepaar Schreiber dort gemeldet. Irene Schreiber assistierte ihrem Ehemann in der Praxis, die einen großen Zulauf hatte. Ab 1931 praktizierte Dr. Rudolf Schreiber zusätzlich zweimal in der Woche in Oberkochen.



Ehemalige Praxis und Wohnung (Bildmitte) von Dr. Schreiber in Unterkochen (Foto ca. 1952)

Rudolf Schreibers Engagement im „Stahlhelm“

Als ehemaliger Frontsoldat verehrte Rudolf Schreiber soldatische Tugenden, war patriotisch und fühlte sich dem verlorenen Kaiserreich verpflichtet. Entsprechend war er vermutlich bereits um

1920 dem paramilitärischen und demokratiefeindlichen Wehrverband „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ beigetreten. Die Mitgliedschaft erschien ihm so wichtig, dass – als der „Stahlhelm“ ab 1924 begann, jüdische Mitglieder auszuschließen – er seine jüdische Religion aufgab und evangelisch wurde. 1931 gründete Rudolf Schreiber in Unterkochen eine „Stahlhelm“-Ortsgruppe und fungierte ab 1932 als deren Ortsgruppenführer. Nachdem der „Stahlhelm“ sich zunehmend den rechtsradikalen Parteien annäherte, kam Rudolf Schreiber jedoch in einen Gewissenskonflikt, weshalb er seine Bedenken dem „Stahlhelm“-Vorsitzenden Franz Seldte in Berlin in einem Brief mitteilte. Als Rudolf Schreiber am 12. November 1932 auf dem Schießstand des Schützenvereins Unterkochen mit jungen „Stahlhelm“-Mitgliedern Schießübungen durchführte, demonstrierte er diesen auch die Bedienung eines Militärgewehrs, worauf er angezeigt und zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Im Rahmen eines Gnadenverfahrens wurde ihm die Strafe wieder erlassen.

Am 21. Januar 1933 veranstalteten die „Stahlhelm“-Ortsgruppen Unterkochen und Oberkochen eine Familienfeier zur Erinnerung an die Reichsgründung von 1871 im Gasthaus „Zum Hirsch“ in Oberkochen. Als Hauptredner distanzierte sich Schreiber von den Befürwortern eines „Dritten Reichs“. Offensichtlich sehnte er sich weiterhin nach dem Kaiserreich zurück.

Einem Brief vom 15. März 1933 ist zu entnehmen, dass Rudolf Schreiber in der Nacht zum 10. März vom Polizeirat in Aalen telefonisch gebeten wurde, „mit möglichst vielen [...] Kameraden und mit möglichst vielen Waffen, angemeldet oder nicht, nach Aalen zur Unterstützung der Polizei zu kommen [...]“. In jener Nacht wurden in Aalen sieben Kommunisten und eine Funktionärin in „Schutzhaft“ genommen. Schreiber und seine „Stahlhelmer“ sollten sich vermutlich bereithalten, sofern es zu Widerständen kommen sollte.

Doch selbst dieser Einsatz schützte ihn nicht vor den Repressalien der Nationalsozialisten. Am 7. April 1933 wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in Kraft gesetzt und mit einer ergänzenden Verordnung vom 2. Juni 1933 sollte „nichtarischen“ Zahnärzten die Kassenzulassung entzogen werden. Obwohl Rudolf Schreiber evangelischer Konfession war, half ihm dies nicht, denn gemäß der NS-Rassenideologie galt er als „nichtarisch“ und wurde deshalb 1933 vermutlich aus dem „Stahlhelm“ ausgeschlossen. Am 18. April 1933 trat Rudolf Schreiber schließlich als „Stahlhelm“-Ortsgruppenführer in Unterkochen zurück.

Weitere Ausgrenzung und Flucht

Irene Schreiber schrieb nach dem Krieg: „Mein Mann [...] begann, seine Praxis zu liquidieren. Noch ehe ihm das gänzlich gelungen war, wurde er im Februar 1934 verhaftet und sechs Wochen lang gefangen gehalten. Sofort nach seiner Befreiung verschleuderten wir einen Teil der Einrichtung und der Ordination und verließen Deutschland mit dem Rest der Möbel und einigen Stücken der Ordination im Mai 1934.“

1957 schrieb das Bürgermeisteramt Unterkochen im Zusammenhang mit amtlichen Nachforschungen der Wiedergutmachungsbehörde: „Es konnte lediglich in Erfahrung

gebracht werden, dass Zahnarzt Dr. Schreiber jüdischer Abstammung gewesen sein soll [...]. Im Übrigen soll Dr. Schreiber ein tüchtiger und ebenso beliebter Zahnarzt gewesen sein."

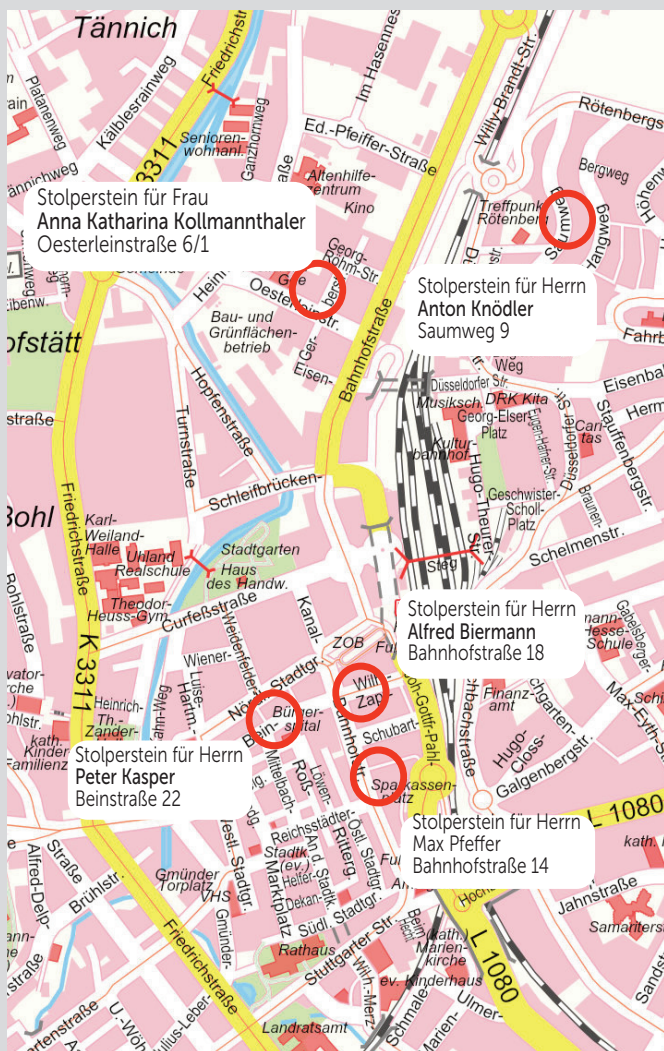
Ursprünglich hatte das Ehepaar Schreiber geplant, im Mai 1934 nach Belgrad zu emigrieren, wo Irene Schreibers Schwester verheiratet war. Bei einem Zwischenaufenthalt in Budapest erkrankte Irene Schreiber, sodass daraus ein längerer Aufenthalt wurde. Da Dr. Rudolf Schreiber in Ungarn keine Arbeitserlaubnis erhielt, zog das Ehepaar 1936 nach Mailand, wo er als Zahntechniker arbeiten konnte. 1939 verlor er seine Arbeit, worauf das Ehepaar im Juni 1940 nach Budapest zurückkehrte. Dort angekommen, mussten sie ihre Reisepässe um die Vornamen „Israel“ bzw. „Sara“ „ergänzen“ lassen, denn sie waren nach wie vor deutsche Staatsbürger. Ungarn war Verbündeter des nationalsozialistischen Deutschland und hatte auch dessen diskriminierende Rassenpolitik übernommen. Mit dieser antisemitischen Stigmatisierung im Pass waren Schreibers bei einer Ausweiskontrolle jedoch sofort als Juden identifizierbar.

Bald darauf reiste das Ehepaar ins Königreich Jugoslawien, wo sie Anfang 1941 inhaftiert wurden, da sie ihre erlaubte Aufenthaltsdauer überschritten hatten. Am 6. April 1941 überfiel die Wehrmacht mit ihren Verbündeten das Königreich Jugoslawien. Serbien kam unter deutsche Militärverwaltung. Nun wurde das Ehepaar Schreiber durch die Wehrmacht in die Stadt Nis im Süden Serbiens verschleppt und musste fortan den „Judenstern“ tragen. Aus verschiedensten Anlässen kam es zu Erschießungsaktionen durch das Militär. Als das Ehepaar Schreiber Anfang 1942 auf einer Erschießungsliste stand, konnten sie gerade noch rechtzeitig in einen benachbarten Ort entkommen, wo sie sich dann „arische“ Ausweise besorgten. Aber auch dort wurde die Gestapo auf sie aufmerksam, worauf sie im November 1942 nach Koviljaca Banja im Nordwesten Serbiens flohen. Anfang September 1944 verließ Rudolf Schreiber den Ort, um seinen Schwager zu treffen. Der 45-jährige Rudolf Schreiber wurde, wie ein Zeuge berichtete, in der benachbarten Stadt Valjevo auf dem Lastwagen einer deutschen Patrouille als Gefangener erkannt und vermutlich bald darauf ermordet.

Kriegsende

Auch nach dem Kriegsende in Serbien blieb Rudolf Schreiber vermisst. Zehn Jahre war das Ehepaar in Europa umhergeirrt. Überall waren sie Ausgrenzung, Angst und Todesgefahr ausgesetzt. Im Dezember 1948 wanderte Irene Schreiber nach Israel aus. 1961 nahm sie im Alter von 69 Jahren das Angebot der Stadt München zur Rückwanderung an. Die letzten Jahre wohnte sie in Belgrad. Irene Schreiber starb am 22. Dezember 1975 im Alter von 83 Jahren.





Für Ihre Spende unter dem Stichwort „Stolpersteine Aalen“ an den Verein „Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.“ (IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07, Sparkasse Köln-Bonn, BIC COLSDE33XXX) erhalten Sie eine Spendenbescheinigung.

V.i.S.d.P.: Helmut Meijer-Melber, 73434 Aalen

Abbildungen © Stadtarchiv Aalen, Stadtmessungsamt Aalen, privat, Harald Hahn, Berlin, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Winfried H. Vogt, Aalen